



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Donnerstag, 02.07.2026
Sitzungsbeginn:	19:06 Uhr
Sitzungsende:	22:56 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Vorsitz Stadtverordnetenversammlung

Tobias Belger

Ordentliches Mitglied - SVV

Stefan Broschell

Stefan Christ

Beata Czech

Thomas Czesky

Peer Giesecke

Eleonore Heinrich

Fritz Hille

Matthias Juricke

Rene Just

Jens Kaehlert

Marco Kerbs

Torsten Kniesigk

Ronja Krebs

Stefan Lorenz-Kricke

Edgar Leisten

Martina Leisten

Werner Jens Holzhausen

Marko Njammasch

Carsten Preuß

Ute Reglin

Sven Reimer

Ilona Schmitt

entschuldigt

Michaela Schreiber

Reinhard Schulz

Toni Tobianke

Uwe Voltz

Matthias Wilke

Bürgermeisterin

Wiebke Şahin-Connolly

Wirtschaftsförderung

Dirk Kommer

Amtsleiter(in) Kämmerei

Jörn Perlick

Pressesprecher

Sabine Leifeld

Protokollant(in)

Eva Briesenick

Juliane Sasse

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-------------------|--|-----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung | |
| 2 | Feststellung der digital zugeschalteten Stadtverordneten | |
| 3 | Feststellung der Beschlussfähigkeit | |
| 4 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 5 | Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 10.06.2026 | |
| 6 | Bericht aus der Verwaltung | |
| 7 | Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL | |
| 8 | Einwohnerfragestunde | |
| 9 | Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung | |
| 10 | Beschlussvorlagen | |
| 10.1 | Benennung der Mitglieder für den Jugendbeirat der Stadt Zossen. | 117/25/01 |
| 10.2 | Erhöhung des Kassenkreditrahmens von 40 Mio. Euro auf 55 Mio. Euro | 057/26 |
| 10.3 | Änderung der BV 035/26 vom 19.03.2026 | 063/26/01 |
| (Nachtrag) | Verteilung des Anteil Sondervermögen für die Stadt Zossen | |
| 10.4 | Offenlagebeschluss für den (Straßen-) Bebauungsplan "Gewerbegebiet Zossen Nord -Verkehrsfläche-" im GT Dabendorf | 061/26 |
| 10.5 | Befreiung von den Festsetzungen des Baukörpers sowie der Stellung der Parkplatzanlage und der GRZ der 1. einfachen Änderung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 004 Wohnsiedlung „Töpchiner Weg“ der Stadt Zossen für das Flurstück 456, Flur 5 in der Gemarkung Zossen. | 052/26/01 |
| 10.6 | Zustimmung zum Zuteilungsentwurf im Bodenordnungsverfahren für das Gebiet "Christinendorf, Verf. Nr. 300212" | 012/26 |
| 10.7 | Abschluss einer Planungsvereinbarung über den Ausbau der B96 | 054/26 |
| 11 | Schließung der öffentlichen Sitzung | |

Niederschrift

Öffentlicher Teil

1 **Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung**

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Belger um 19:06 Uhr eröffnet.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2 **Feststellung der digital zugeschalteten Stadtverordneten**

Es nehmen folgende Stadtverordnete digital an der Sitzung teil.

Herr Kniesigk ab 19:54 Uhr.

3 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Belger stellt fest, dass von den 29 Stadtverordneten (einschließlich Frau Şahin-Connolly) 23 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.

4 **Feststellung der Tagesordnung**

Es liegen Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.

Frau Şahin-Connolly:

Die Verwaltung nimmt auf Bitte des Investors den Tagesordnungspunkt 10.5 (052/26/01) von der Tagesordnung.

Frau Schreiber:

Es sind mehrere Tagesordnungspunkte (10.2 / 10.4 / 10.7) auf der heutigen Tagesordnung und auf der Tagesordnung in der nächsten Woche. Es ist für die Stadtverordneten und die Bürger sehr undurchsichtig. Es sollte vorher geklärt werden, wann welche Tagesordnungspunkte behandelt werden. Auf der Tagesordnung nächste Woche stehen die Dabendorfer Großprojekte drauf. Diese sind im BBWEU ganz klar vertagt worden, da noch weitere Beratung notwendig ist. Wir das Votum des BBWEU auf Vertagung ernst genommen?

Weiterhin hatte ich am 10.6. einen Antrag auf einen Tagesordnungspunkt „Beratung zum Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg, bezogen auf Zossen“ zur nächsten SVV mündlich und schriftlich gestellt. Warum ist der Tagesordnungspunkt weder heute noch nächste Woche auf der Tagesordnung?

Frau Şahin-Connolly:

Es hat keinen kommunalen Bezug. Ich habe vorgeschlagen, wenn wir darüber diskutieren, dass wir uns jemanden vom Verfassungsschutz und dem Ministerium einladen, um uns in Gänze über die potenzielle Gefahrenlage in der Stadt Zossen informieren zu lassen. An einer polemischen Auseinandersetzung habe ich kein Interesse. Wir haben wichtige Themen auf der Tagesordnung.

Aus diesem Grund haben wir die Tagesordnungspunkte, die essenziell für Zossen sind, auf beiden Tagesordnungen. Wir können es uns nicht leisten, dass bestimmte Beschlüsse in keiner der beiden Sitzungen zustande kommen.

Die Tagesordnung für nächste Woche gilt. Tagesordnungspunkte runternehmen können wir jederzeit.

Herr Belger:

Es hat eine Abstimmung zwischen mir und der Verwaltung stattgefunden. Wir haben die Punkte vorsorglich auch nächste Woche aufgenommen, falls wir heute nicht so weit kommen.

Die Tagesordnung wird geändert festgestellt.

Herr Just nimmt ab 19:10 Uhr teil.

**5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die
Niederschrift der Sitzung vom 10.06.2026**

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 10.06.2026 vor. Die Niederschrift gilt damit als angenommen.

6 Bericht aus der Verwaltung

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Connolly kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigelegt. Er umfasst folgende Punkte:

I. Ordnungsamt

- I.1. Erstaufnahmeeinrichtung
- I.2. Amtsleitung
- I.3. ruhender Verkehr
- I.4. Kultur

II. Kämmerei

- II.1. Stand der Haushaltsplanung
- II.2. Stand des Jahresabschlusses 2024

III. Kita- und Schulverwaltung

- III.1. Aktuelle Belegungszahlen Kitas
- III.2 aktuelle Belegungszahlen Hort
- III.3. Einschüler in den Grundschulen

IV. Bauamt

IV.1 Hochbau

- 1. Wünsdorf, Containeranlage Oberschule
- 2. Zossen, Kita Bummi

IV. 2 Tiefbau

- 1. Straßenschäden
- 2. diverse Arbeiten durch den Bauhof ausgeführt
- 3. geplante Aufgaben durch den Bauhof (Dabendorf)

IV. Grünflächen

- 1. Wünsdorf, Burgberg
- 2. Zossen, Am Kietz
- 3. Waldkita

IV. Bauleitplanung

1. Kita Aponi und Biennest Sachstand

Herr Christ und Herr Lorenz-Kricke nehmen ab 19:18 Uhr teil.

7 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL

Keine

Frau Şahin-Connolly:

Es gibt keine aktuellen Infos. Der KMS tagt erst morgen.

8 Einwohnerfragestunde

Herr Preuß nimmt ab 19.34 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Jungbluth:

Bei der Beschlussvorlage 095/25/01 ging es um Benennung von Straßennamen. Es wurde hier Platz des 20. Juli 2044 vorgeschlagen. Die Jahreszahl wurde dann gestrichen, weil es aufgrund der vielen Zahlen zu Problemen führen könnte. Es gibt keine Vorgabe wie mit Jahreszahlen umgegangen werden muss. Das Jahr 1944 muss an den 20. Juli gebunden sein. Die Fraktionen sollten beantragen, dass der Beschluss rückgängig gemacht wird.

Frau Şahin-Connolly:

Die SVV hat sich eindeutig gegen die Benennung mit Jahreszahl entschieden. Bei der Ummeldung gibt es eine beschränkte Zeichenanzahl und das könnte Schwierigkeiten geben. Um vorzubeugen, macht es Sinn auf die Jahreszahl zu verzichten. Wir haben es rechtlich prüfen lassen. Es ist rechtlich möglich, aber für die Zukunft nicht praktikabel.

Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Nordanbindung:

Glauben Sie, dass Sie mit der Beschlussvorlage 061/26 Ihrer Verpflichtung zur Fürsorge gegenüber den Zossener Bürgern nachkommen? Das Schutzgut Mensch bezieht sich in der Unterlage auf ganze 9 Zeilen von 831 Seiten. Es wird nicht die Zahl der betroffenen Bürger genannt. Es gibt dazu keine verlässlichen Kartenunterlagen. Haben Sie die Absicht die Dinge nicht zu beleuchten? Wollen Sie, dass diese Frage nicht auf die Tagesordnung kommt? Es ist menschenverachtend. Das Schutzgut Mensch wird sehr viel niedriger gesetzt als alle anderen Schutzgüter.

Frau Şahin-Connolly:

Es wird eine eindeutige Entlastung für Dabendorf darstellen. Gewerbe bekommt keine Betriebserlaubnis und Baugenehmigung, wenn wir nicht den durch ein weiteres Gewerbegebiet entstehenden zusätzlichen Verkehr vorbeileiten können. Das Verfahren ist komplex. Ich habe angeboten, dass wir in den Dialog gehen können. Wir hätten eventuell Bedenken im Vorfeld klären können und Maßnahmen in den Plan einbeziehen können. Im Rahmen der Offenlage haben Sie die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben, über die wir uns dann gerne unterhalten können.

Jörg Wanke:

Ich bin Anlieger der Märkischen Straße. Diese wird Zufahrt zum Gewerbegebiet und zur B 96 und es wird die Baustraße werden, über die die Baumaßnahme des ersten Bauabschnittes erfolgen wird. Wie wird sichergestellt, dass die zusätzlichen Belastungen für die Anwohner berücksichtigt werden? Ist es rechtlich zulässig, dass

diese Planung in zwei Bauabschnitte aufgeteilt wird? Wir gehen davon aus, dass während der Baumaßnahme 2000 bis 3000 LKW fahren werden. Wie wird die Märkische Straße danach wieder instandgesetzt?

Können Sie sich vorstellen, dass wir bereits dabei sind eine Klänergemeinschaft zu gründen, um rechtlich gegen die Beschlusslage vorzugehen?

Frau Şahin-Connolly:

Wir müssen die Nordumfahrung in zwei Bauabschnitten realisieren. Die Anbindung an das Gewerbegebiet hat Priorität. Wir planen das ab Oktober umsetzen zu können. In der Stellungnahme sind wir auf Verkehr, Lärm und das Schutzgut Mensch eingegangen. Eine Planung in zwei Bauabschnitten ist zulässig. Auch in der Vergangenheit wurde die Märkische Straße bereits von LKWs genutzt. Wir konnten keine Verschlechterung des Zustandes feststellen. Inwieweit Ausbesserungen vorgenommen werden müssen, werden wir dann sehen.

Ich kann ich mir das vorstellen, aber wir befinden uns jetzt in der Einwohnerfragestunde. Es geht hier um Frage und Antwort. Das ist kein Dialog. Ihre Zahlen entsprechen meiner Ansicht nach auch nicht der Realität und der Verkehrsprognose. Ihre Zahlen sind rein fiktiv, ohne eine Bemessungsgrundlage

Online-Frage Markus Mittelstädt:

Guten Abend, Im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung des Gewerbegebiets möchte ich fragen, welche Auswirkungen auf die Grundwasserressourcen untersucht wurden. Wie stellt die Stadt sicher, dass es nicht zu Nutzungskonflikten oder Engpässen für die Bewohner in Dabendorf kommt, wie sie beispielsweise im Zusammenhang mit großen Industrieansiedlungen in Grünheide (Tesla) und Baruth (RedBull) entstanden sind? Danke

Frau Şahin-Connolly:

Es liegt daran, welches Gewerbe wir zulassen. Im Moment sehen wir keinen Konflikt zwischen Gewerbebetrieb und Versorgung Grundwasser. Wir müssen uns zusammen mit den Stadtverordneten die Konzepte anschauen und darüber beraten. Wir können die Flächen nur einmal zulassen. Es muss gut abgewogen werden.

Online-Frage Henry Oswald:

Für das Bahnhofsumfeld Wünsdorf sind rund 500.000 € aus dem Sondervermögen geplant. Jetzt will die Verwaltung 3 Mio. für den Bahnhofstunnel Zossen ausgeben und die verbleibenden 1,2 Mio. € als Eigenanteil in die Zufahrtsstraße zum Gewerbegebiet Dabendorf stecken. Wie will die Verwaltung die fehlenden 500.000 € für das Bahnhofsumfeld Wünsdorf wieder aufbringen? Hat sich das Projekt jetzt erledigt, weil bei aktueller und zukünftiger Kassenlage keine halbe Million vorhanden sein wird?

Frau Şahin-Connolly:

Das Projekt hat sich nicht erledigt. Wir werden den Ortsbeirat zur SVV einladen. Wenn der Beschluss gefasst ist, können wir die Kosten festsetzen. Ob es bei dem Eigenanteil von 500.000 € bleibt, weiß ich noch nicht. Es ist nicht zielführend, wenn wir jetzt Kapital binden, wo wir noch nicht wissen, ob es zur Wirkung kommt. Zahlungsfällig wird es 2028/29. Das ist nicht die einzige Verpflichtungsermächtigung, die wir im Haushalt haben.

Online-Frage Hans Maltner

Schönen guten Abend, wie weit sind die Planungen für das Bauvorhaben „Wohnen am Olympiastadion“ derzeit fortgeschritten und wann ist nach aktuellem Stand mit den nächsten Verfahrensschritten beziehungsweise einem möglichen Baubeginn zu rechnen? Vielen Dank.

Frau Şahin-Connolly:

Einen möglichen Baubeginn kann ich noch nicht sagen. Es ist noch eine weitere Beratung mit den Grundstückseigentümern notwendig. Neue Entwicklungen müssen sich in das Umfeld miteinfügen. Dann kann es mit dem B-Plan weitergehen. Wir sind hier nach wie vor im Austausch.

Online-Frage Lothar Müller

Meine Frage, die SVV versammeln sollen die Bürger vertreten! Aber wie bitte machen sie das? Die Frage warum werden die Bürger, niemals gefragt was sie wollen? Wie werden die Bürger bitte nach ihren Belangen gefragt? Durch die Vertreter?

Herr Belger:

Es gibt die Einwohnerfragestunde. Hier können alle Bürger Fragen stellen.

Frau Şahin-Connolly:

Für die Bürgersprechstunde können Sie sich jederzeit Termine geben lassen. Die Sprechstunde ist immer am 1. und 3. Mittwoch jeden Monats. Ich bin für die Bürgerinnen und Bürger immer erreichbar. Ein Blick auf unsere Homepage oder auch bei uns im Rathaus lohnt sich. Es gibt und gab viele Formate wo sich Bürger und Bürgerinnen beteiligen und einbringen können.

Frau Leisten:

Herr Müller fragt, inwieweit sich die Meinungen der Bürger hier wiederfinden. Wir sind in keinem Land, wo das Volk direkt befragt wird. Dazu kann ich Ihnen sagen, wir sind hier gewählt, weil Sie sich vorher ein Bild im Wahlkampf über uns machen konnten, was wir für Meinungen vertreten. Sie können uns jederzeit ansprechen und Ihre Anliegen anbringen.

Herr Preuß nimmt ab 19:34 Uhr teil.

9 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung

Herr Kniesigk nimmt ab 19:54 Uhr online an der Sitzung teil.

Herr Kaehlert:

Wie gedenken Sie in Anbetracht der aktuellen Witterungsbedingungen in Zukunft mit den Containern in Wünsdorf umzugehen?

Frau Şahin-Connolly:

Es ist ein Problem. Die Container sind eine Zwischenlösung, um die Schüler zu beschulen. Es gab hitzefrei an allen Schulen. Ich hoffe, dass hier wieder ein KIP seitens des Landes und der Bundesregierung für solche Thematiken auferlegt wird, wo eventuell Gelder für Belüftungs-/Klimaanlagen abgerufen werden können. 2020 konnten wir über dieses Programm schon einige Maßnahmen dazu umsetzen.

Frau Czech:

Warum haben Sie mir Hausverbot in einer Kita erteilt?

Könnte die Stadt Zossen die ansässigen Wohnungsverwaltungen auffordern, dass sie sich ihre Spielplätze anschauen?

Frau Şahin-Connolly:

Ihrem letzten Anliegen kommen wir gerne nach.

Das andere Thema hat in der SVV nichts zu suchen.

Herr Reimer:

Ich habe heute einen Brief von einem Bürger in Wünsdorf bekommen. Es geht um den Zustand der Luisenstraße in Wünsdorf. Ich werde den Brief an die Verwaltung übergeben, mit der Bitte das zu prüfen.

Herr Just:

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir die Beschlussvorlagen 058/26, 059/26 und 062/26 im Bauausschuss vertagt haben und kein Votum stattgefunden hat. Sie sind aber am 08.07.2026 auf der Tagesordnung der SVV. Ich werde dem in der SVV auf keinen Fall zustimmen.

Frau Şahin-Connolly:

Wir werden schauen, wie wir mit der Tagesordnung durchkommen. Es wichtig, dass die Investoren ein Gefühl bekommen, wie wir mit der Thematik umgehen. Man möchte keine 6 Wochen Stillstand haben. Auch wenn keine Abstimmung stattfindet, wäre es gut, wenn man aus dem Protokoll erkennen kann, wie die SVV sich dazu positioniert.

Herr Giesecke:

In der Presse war zu lesen, dass die Unterschriftensammlung für das Abwahlbegehren der Bürgermeisterin begonnen hat. Wir als Fraktion sind entsetzt. Abwahlverfahren sollen Gemeinden vor Schaden bewahren. Dieser Schaden ist in Zossen nicht eingetreten. Die Bürgermeisterin hat Visionen entwickelt. In den letzten Jahren ist es sehr positiv verlaufen. Die Mittel, die vorhanden sind sollten zielgerecht für Projekte eingesetzt werden, die für Zossen maximalen Erfolg haben. Gerade in unserer Situation brauchen wir eine starke Bürgermeisterin und keine Bürgermeisterin, die durch ein Abwahlverfahren geschwächt ist. Wir hoffen, dass dieses Abwahlverfahren kein Erfolg hat und wir wieder zu einem normalen demokratischen Umgang kommen.

Frau Şahin-Connolly:

Dieses Begehren spaltet unsere Stadt und führt zur Verunsicherung. Ich finde diese Entwicklung schade. Ich denke, dass es sich hier eher um persönliche als um fachliche Konflikte handelt. Ich habe mir nichts vor zu werfen und gebe jeden Tag mein Bestes mit unserer Verwaltung und der Mehrheit der SVV die zum Wohle der Stadt Zossen handeln. Ich bin stolz, auf das, was wir gemeinsam erreicht haben und dass wir auch durch diese Krise kommen werden mit allen Unterstützungen, die wir haben. Ich bedanke mich bei den Bürgerinnen und Bürgern, die mir nach wie vor ihr Vertrauen entgegenbringen. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Frau Leisten:

Wie schließen uns dem Statement von Herrn Giesecke an. Zusätzlich Unruhe durch so ein Abwahlverfahren ist nicht förderlich.

Ich denke wir müssen uns nicht beschweren, wenn es in den Monaten Juni, Juli, August ein paar heiße Tage und somit in den Schulen hitzefrei gibt. Hinzu kommt, dass auch gleich die Ferien anfangen. Wir müssen die heißen Tage im Sommer nicht dramatisieren.

Die Seite der Stadt Zossen ist in letzter Zeit sehr ansprechend und ich wollte mich dafür bedanken. Es gab noch nie so eine schöne Stadtseite.

Herr Wilke:

Auf der Telzer Straße hinter dem Ortsausgang haben wir Blow-ups. Kann die Stadt dort tätig werden?

Stimmt es, dass die L 744 von einer Landesstraße auf eine kommunale Straße runtergesetzt werden soll? Wenn ja, wird sie vorher saniert?

Wie ist der Stand Rundwanderweg Motzener See?

Was haben wir für das gesamte Gebiet B-Plan Neuhof bis jetzt an Kosten ausgegeben und was werden wir insgesamt ausgeben?

Frau Şahin-Connolly:

Die Kosten zum B-Plan Neuhof stehen in der Beschlussvorlage.

Die Arbeitsgemeinschaft berät sich nach wie vor zum Thema Rundwanderweg. Wir haben allerdings ein Thema mit den Grundstücken bezüglich des Wegerechts und der Widmung. Das muss rechtlich geklärt werden.

Aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeit und der naheliegenden Ortsgrenzen zwischen Motzen und Kallinchen bin ich der Ansicht, dass die Straße dafür nicht geeignet ist. Es handelt sich hier um zwei unterschiedliche Straßenabschnitte. LDS und TF. Wenn, dann muss der Landkreis noch investieren. Ich beabsichtige nicht die Straße zu übernehmen.

Die Telzer Straße müssen wir uns anschauen und eine sachgerechte Entscheidung treffen.

Frau Schreiber:

Wieviele Kita-Anträge sind noch offen für 2026? Meinen Sie es tatsächlich ernst immer noch eine Kita daraus machen zu wollen, wenn Sie so viele freie Plätze haben und gehen Sie endlich rüber zu dem Vorhaben, daraus einen Hort zu machen?

In der SVV am 10.06. hatten wir drei schriftliche Anfragen gestellt. Zum Winterdienst haben wir heute eine Teilantwort bekommen. Dazu werden wir weitere Nachfragen haben. Zur Anfrage Neujahrsempfang und verfassungsfeindliche Bestrebungen in Zossen haben wir keine Antworten erhalten, obwohl sie fristgerecht eingereicht wurden.

Mir wurde über den Sitzungsdienst im BBWEU ein Brief überreicht, welcher an die Fraktion adressiert war. Dieser Brief ist in der Verwaltung offensichtlich geöffnet worden. Dieser Brief geht in Kopie an die Datenschutzbeauftragte. Der eigentliche Vorgang geht an die Staatsanwaltschaft. Das ist eine Straftat. Ich habe den Brief in einen versiegelten Beweismittelumschlag getan. Darin sind jetzt alle Fingerabdrücke. Ich gebe den Mitarbeitern die Gelegenheit bis Ende der Woche mitzuteilen, ob Sie daran beteiligt waren, ansonsten geht die Strafanzeige raus.

Frau Şahin-Connolly:

Der Rechtsweg steht Ihnen offen. Es kann sein, dass dies im Prozess der Posteingangsbearbeitung ein Versehen war. Ich bin mir zu 100 Prozent sicher, dass keiner meiner Mitarbeiter ein Interesse daran hatte, diesen Brief zu lesen. Ich bitte darum, meine Mitarbeiter hier rauszuhalten.

Zum Thema Winterdienst haben Sie seitens der Verwaltung eine vollständige Beantwortung erhalten. Es gibt keine weiteren Informationen.

Zum Thema Neujahrsempfang gab es die Akteneinsicht und auch hier gibt es keine weiteren Informationen.

Wir gehen davon aus, dass die Wald-Kita gebraucht wird. Das sagen auch die Prognosen des Investors. Wenn der Investor hier in die Infrastruktur investieren möchte, nehmen wir das gerne an.

Herr Reimer:

Alle Fraktionen haben diesen Brief erhalten. Ich gehe davon aus, dass der Ersteller diesen Brief selbst nochmal geöffnet hat, da der Brief nicht wie in der Verwaltung üblich aufgeschlitzt wurde. Ich finde diese Unterstellung einer Straftat unerhört.

Herr Lorenz-Kricke:

Es gab von einem Bürger die Frage zum B-Plan Olympiastadion. Die Bürgermeisterin hat bezüglich der Lage falsch ausgeführt. Das Olympiastadion befindet sich in Waldstadt Nord.

Frau Şahin-Connolly:

Ich habe gesagt, es gibt neue Entwicklungen in dem Bereich und diese sind im Gesamtkonzept von Wünsdorf zu berücksichtigen und dass eventuell Anpassungen am Olympiastadion vorgenommen werden müssen. Die Gespräche laufen dazu. Wenn die Abwägungen und Verständigungen dazu abgeschlossen sind, kommen wir wieder auf die SVV zu.

Frau Heinrich:

Ich habe am 10.06.2026 eine Anfrage gestellt mit der Bitte bis heute eine Antwort zu bekommen. Diese liegt mir nicht vor.

In der Stubenrauchstraße 29 bis 27a wächst der Gehweg und Radweg zu. Hier sollte sich gekümmert werden, sodass nichts passiert.

Die Absenkung des Gullys und des Schachtdeckels im Parkzugang von der B 96 hat sich noch weiter ausgefahren. Es ist eine Stolperstelle von ca. 8 cm.

Es wurde eine Kita-Spende an die Stadt übergeben. Diese ist noch nicht an die Kitas weitergegeben worden. Wann können die Kitas mit dem Geld rechnen?

Frau Şahin-Connolly:

Ein Kita-Spende ist mir nicht bekannt. Ich würde Sie bitten, das mit dem Kämmerer Herrn Perlick zu klären.

Die Stubenrauchstraße schauen wir uns an und werden dann handeln.

Zu Ihrer Anfrage bezüglich der Geschwister Scholl Schule haben wir nächste Woche noch das Thema auf der Tagesordnung. Wenn hier eine Entscheidung gefallen ist, kann ich Ihnen alle Fragen beantworten.

Herr Kniesigk nimmt ab 19:54 Uhr online teil.

Es findet eine Pause von 20:26 Uhr bis 20:38 Uhr statt.

10 Beschlussvorlagen

10.1 Benennung der Mitglieder für den Jugendbeirat der Stadt Zossen. 117/25/01

Frau Şahin-Connolly stellt den anwesenden Stadtverordneten und Einwohnern die Beschlussvorlage vor.

Frau Reglin:

Ist es richtig, dass der damalige Beschluss aus 2025 wegen Verfahrensfehler bei der Kommunalaufsicht nicht durchgegangen ist?

Frau Şahin-Connolly:

Der Beschluss zur Hauptsatzung und zum Jugendbeirat wurde hier von einigen

beanstandet.

Die finale Antwort wie das zu fassen ist und wie damit umzugehen ist, steht noch aus. Wir haben die Anmerkungen berücksichtigt. Wir müssen den Jugendbeirat neu benennen.

Frau Reglin:

Ist der Jugendbeirat in Gänze noch gar nicht in Arbeit gekommen?

Frau Şahin-Connolly:

Er ist in Arbeit gekommen. Wir sind gerade dabei die Geschäftsordnung abzustimmen. Final liegt mir die noch nicht vor. Es gab eine Kickoff-Veranstaltung mit der Bürgermeisterin. Es wurde über bestimmte Themen bereits gesprochen.

Frau Heinrich:

Sind die Jugendlichen heute da?

Frau Şahin-Connolly:

Nein, nicht alle.

Die anwesenden Jugendlichen stehen auf und zeigen sich kurz den Stadtverordneten.

Frau Schreiber:

Ist die Hauptsatzung genehmigt von der Kommunalaufsicht? Wie ist der Stand?

In der Begründung hätte ich erwartet, dass erwähnt wird, dass bereits am 15.10.2025 unter BV 068/25 der Jugendbeirat benannt wurde. Wir haben jetzt die 117/25/01. Die 117/25 existiert gar nicht. Warum jetzt 01? Es existiert vom 15.10.2025 keine Niederschrift. Neue Personen und Personen, die nicht mehr dabei sind, hätten uns kenntlich gemacht werden müssen. Es ist keine Tabelle mit Geburtsdaten und Ortsteilen dabei. Ich rege an, dass im FSB zu beraten.

Frau Şahin-Connolly:

Mehr Unterlagen benötigen Sie nicht. Geprüft wird gerade durch die Kommunalaufsicht das „bis zu“. Es wurden keine weiteren Hinweise zur Hauptsatzung gegeben.

Es gibt weitere Informationen zu den Mitgliedern des Jugendbeirates. Dafür müssten wir die Nichtöffentlichkeit herstellen.

Herr Reimer:

Im Namen meiner Fraktion entschuldige ich mich wie hier teilweise gearbeitet wird. Ich bedanke mich bei den Jugendlichen und wünsche viel Spaß und Erfolg bei der Arbeit.

GO-Antrag Frau Schreiber:

namentliche Abstimmung für alle Beschlussvorlagen und Anträge

GO-Antrag Frau Schreiber:

Herstellung der Nichtöffentlichkeit, um weitere Informationen zum Jugendbeirat zu erhalten

Abstimmung GO-Antrag:

11 / 14 / 2

Der GO-Antrag auf Herstellung der Nichtöffentlichkeit wurde abgelehnt.

Abstimmung:

16 / 9 / 3

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Benennung der folgenden 10 Mitglieder für den Jugendbeirat der Stadt Zossen:

Emma Banis
Estella Sloty
Noah Banis
Ryan Youdjeu
Lucy Elin Rabe
Sophia Höhne
Dominik Henke
Charleen Schumann
Lisa Schulze
Denis Voronkov

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan		X	
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata			X
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore		x	
Hille, Fritz		X	
Juricke, Matthias		X	
Just, René	x		
Kaehlert, Jens			x
Kerbs, Marco	x		
Kniesigk, Torsten	x		
Krebs, Ronja	x		
Lorenz-Kricke, Stefan		x	
Leisten, Edgar	x		
Leisten, Martina	X		
Holzhausen, Jens Werner		X	
Njammassch, Marko	x		
Preuß, Carsten	x		
Reglin, Ute			x
Reimer, Sven	x		
Sahin-Connolly, Wiebke	x		
Schreiber, Michaela		x	
Schulz, Reinhard	x		
Tobianke, Toni	x		
Voltz, Uwe	x		
Wilke, Matthias		x	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	9	3

Der Beschluss wurde angenommen.

10.2 Erhöhung des Kassenkreditrahmen von 40 Mio. Euro auf 55 Mio. Euro

057/26

Herr Perlick stellt den anwesenden Stadtverordneten und Einwohnern die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation vor. Diese enthält folgende Punkte:

- Liquiditätsplanung 01/2026 bis 12/2026
- Erhöhung Kassenkreditrahmen von 40 Mio. € auf 55 Mio. €
- Zinsausgaben

Herr Reimer:

Es handelt sich um einen Kassenkredit und es kann auch sein, dass Sie die Höhe nicht benötigen?

Herr Perlick:

Wir benötigen die Gelder, wann ist eine andere Frage.

Frau Schreiber:

Schon Anfang 2025 hätte eine Haushaltssperre verhängt werden müssen. In dieser Zeit sind Ausgaben getätigt worden, die nicht hätten getätigt werden müssen und dürfen. Jedes Jahr fallen Rechtsanwaltsberatkungskosten an, es wurde seit 2020 von 134 auf 169 Stellen in der Verwaltung aufgestockt. Diese Posten sollen jetzt mit dem Kassenkredit abgedeckt werden. Es kann nicht sein, dass wir immer wieder um neue Erhöhungen von Kassenkrediten gebeten werden.

Herr Perlick:

Wir mussten seit 2018 Rückzahlungen in der Gewerbesteuer von etwa 70 Mio. vornehmen. Wenn wir die als Stadt Zossen nicht hätten vornehmen müssen, hätten wir das Problem des Kassenkredites nicht.

Frau Şahin-Connolly:

Sie haben den Stellenplan zur Verfügung gestellt bekommen und es ist bei weitem nicht so, wie Sie es darstellen. Viele Mitarbeiter sind in Teilzeit beschäftigt. Das Ordnungsamt müsste nicht hier sein, wenn wir uns alle entsprechend benehmen könnten und man nicht immer davon ausgehen müsste, dass es zu Eskalationen kommt. Vorsorge ist hier besser, als dann keine Handlungsfähigkeit in der SVV zu haben. Bei den Rechtsanwaltskosten handelt es sich auch um Themen aus der Vergangenheit. Und diese Fälle werden irgendwann vor einem Verwaltungsgericht gelöst werden müssen.

Abstimmung:

17 / 10 / 1

Frau Şahin-Connolly:

Vielen Dank, dass Sie die Handlungsfähigkeit der Kommune aufrechterhalten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

der Kassenkreditrahmen der Stadt Zossen wird von 40 Mio. Euro auf 55 Mio. Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
--	----	------	-------

Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan		x	
Christ, Stefan		x	
Czech, Beata			x
Czesky, Thomas	x		
Giesecke, Peer	x		
Heinrich, Eleonore		x	
Hille, Fritz		x	
Juricke, Matthias		x	
Just, René	x		
Kaehlert, Jens	x		
Kerbs, Marco	x		
Kniesigk, Torsten	x		
Krebs, Ronja	x		
Lorenz-Kricke, Stefan		x	
Leisten, Edgar	x		
Leisten, Martina	x		
Holzhausen, Jens Werner		x	
Njammasch, Marko	x		
Preuß, Carsten		x	
Reglin, Ute	x		
Reimer, Sven	x		
Sahin-Connolly, Wiebke	x		
Schreiber, Michaela		x	
Schulz, Reinhard	x		
Tobianke, Toni	x		
Voltz, Uwe	x		
Wilke, Matthias		x	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	10	1

Der Beschluss wurde angenommen.

10.3 Änderung der BV 035/26 vom 19.03.2026

Verteilung des Anteil Sondervermögen für die Stadt Zossen

063/26/01

Tischvorlage 063/26/01

Herr Perlick stellt den anwesenden Stadtverordneten und Einwohnern die Beschlussvorlage 063/26/01 vor.

Herr Reimer:
Wie begrüßen das und werden dem zustimmen.

Frau Schreiber:
Ich möchte klarstellen, dass es zum Bauvorhaben Bahnhofsumfeld Wünsdorf keine inhaltliche Verständigung zwischen der HVB und der Fraktion Plan B gibt, sondern eine Verfahrensverständigung zwischen dem Vorsitzenden der SVV und der Fraktion Plan B. Alle Ortsbeiratsmitglieder erhalten Rederecht.
In der 035/26 waren auch schon 1 Mio. für den Personentunnel vorgesehen. Wenn das gar nicht zulässig war, was war dann da los?

wortwörtlich zu Protokoll:
„Ich frage die HVB auf Grundlage welches Paragraphen, welches Gesetzes oder welcher Verordnung sehen Sie jetzt hier die Rechtsgrundlage dafür, dass die von Ihnen jetzt vorgeschlagenen Mittel für diese Maßnahmen ausgegeben werden, also zulässig eingesetzt werden? Ich möchte ganz konkret dieses Gesetz genannt haben.“

Wann gab es die Gesetzesänderung? Was wurde da geändert? Wie kommen Sie auf die Überlegung, dass das jetzt zulässig wäre?

Frau Şahin-Connolly:

Zulässig ist das seitens der Kommunalaufsicht. Sie hat uns das empfohlen.

Es war damals schon Eigentum der Stadt Zossen und aus diesem Grund zulässig. In der Zwischenzeit haben wir das mit der Kommunalaufsicht abgestimmt. Wir brauchten noch die Bestätigung der Deutschen Bahn, dass es Eigentum der Kommune ist. Das war auch schon im Jahr 2025 so.

Herr Just:

Die 3 Mio. standen in der alten Beschlussvorlage schon drin. Wir hatten damals noch zwei andere Positionen drin. Mit welchem Geld werden diese beiden investiven Maßnahmen jetzt umgesetzt?

Frau Şahin-Connolly:

Das Bahnhofsumfeld Wünsdorf liegt liquiditätsfähig nicht im Bereich des Sondervermögens. Es wird erst 2028/29 zahlungswirksam. Aktuell haben wir noch keine Kreuzungsvereinbarung und somit habe ich keine Rechtsgrundlage. Es gab den Hinweis der Kommunalaufsicht, dass für die Investition der Nordanbindung einzuplanen.

Herr Lorenz-Kricke:

Ich habe ein Problem mit den Begrifflichkeiten. Mal heißt es Nordumfahrung, mal Nordanbindung. Das ist verwirrend. Es sollte immer einheitlich formuliert werden.

Frau Şahin-Connolly:

Das Gesamtvorhaben ist in zwei Bauabschnitte aufgeteilt. Der erste Abschnitt ist die Nordanbindung, der den Anschluss an das Gewerbegebiet ermöglicht. Das Gesamtvorhaben ist die Nordumfahrung. Deshalb haben wir uns in der Beschlussvorlage darauf geeinigt.

Abstimmung:

19 / 8 / 1

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadt Zossen erhält aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität einen Betrag in Höhe von 4.299.260 €.

Diese Mittel werden wie folgt eingesetzt:

- 3.000.000 € für den Bau des Personentunnelsegments (Teil Stadt Zossen) verteilt auf die Jahre 2025 bis 2027 in Höhe von jeweils 1.000.000 €
und
- 1.299.260 € für den Bau der Nordumfahrung zur Entlastung des Gemeindeteils Dabendorf vom Durchgangsverkehr.

Der Beschluss 035/26 vom 19.03.2026 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
--	-----------	-------------	--------------

Belger, Tobias	x		
Broschell, Stefan	x		
Christ, Stefan		x	
Czech, Beata		x	
Czesky, Thomas	x		
Giesecke, Peer	x		
Heinrich, Eleonore	x		
Hille, Fritz	x		
Holzhausen, Werner Jens	x		
Juricke, Matthias		x	
Just, René	x		
Kaehlert, Jens	x		
Kerbs, Marco	x		
Kniesigk, Torsten	x		
Krebs, Ronja	x		
Leisten, Edgar	x		
Leisten, Martina	x		
Lorenz-Kricke, Stefan		x	
Njammasch, Marko	x		
Preuß, Carsten		x	
Reglin, Ute		x	
Reimer, Sven	x		
Sahin-Connolly, Wiebke	x		
Schreiber, Michaela		x	
Schulz, Reinhard	x		
Tobianke, Toni	x		
Voltz, Uwe			x
Wilke, Matthias		x	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	8	1

Der Beschluss wurde angenommen.

10.4 **Offenlagebeschluss für den (Straßen-) Bebauungsplan "Gewerbegebiet Zossen Nord -Verkehrsfläche-" im GT 061/26 Dabendorf**

Herr Haase von der Firma IDAS stellt den anwesenden Stadtverordneten und Einwohnern die Beschlussvorlage anhand einer Präsentation vor. Diese enthält folgende Punkte:

„(Straßen-)Bebauungsplan Gewerbegebiet Zossen Nord – Verkehrsfläche“

- Zeitstrahl
- Trassenfindung 11/2019
- 1. Vorentwurf 12/2019 bis 01/2020
- 2.Vorentwurf 05/2021
- Umweltverträglichkeitsstudie Trassenfindung 2024
- Ergebnisse Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) 2024
- Ergebnisse aus dem
- Landschaftspflegerischen Begleitplan 2026
- Landschaftspflegerischer Begleitplan Eingriffe und Maßnahmen
- Landschaftspflegerischer Begleitplan trassennahe Maßnahmen
- Flughafen Berlin Brandenburg GmbH
- Schalltechnische Untersuchung Straßenverkehr
- Bebauungsplan 06/2026

Frau Schreiber:

Frau Schreiber erklärt den ursprünglichen Verlauf der Trasse. Der nördliche Teil der Trasse geht jetzt, maximal die Landschaft einschneidend, oben lang und der südliche Teil der Trasse geht so dicht an der Wohnbebauung vorbei, dass das unzumutbar ist. Das darf so nicht passieren. Es gibt andere Möglichkeiten. Wir können dem hier so nicht zustimmen.

Herr Haase:

Wir haben von Anfang an einen ganz sauberen politischen Prozess gehabt und klar kommuniziert. Seit 1,5 Jahren diskutieren wir den Trassenverlauf. Im Rahmen der Gutachten habe ich unmissverständlich gezeigt, dass der Weg zumutbar ist und dargestellt was erforderlich ist. Dieser Weg ist die einzige Möglichkeit die Straße zu bauen. Wir greifen wesentlich weniger in das LSG ein, als es unter dem Entwurf von Frau Schreiber vorgesehen war. Der Schwerlastbereich ist von einem Gutachter ermittelt worden. Es kann passieren, dass für den zweiten Bauabschnitt nochmal Gutachten und Maßnahmen erforderlich werden. Wir bewegen uns nicht in der freien Landschaft. Im FNP ist der Teil komplett Gewerbe. Wir bewegen uns am oberen Rand.

Zwischenrufe von Frau Schreiber.

Der Vorsitzende erteilt den zweiten Ordnungsruf.

Herr Haase:

Bei Ihrer Trasse hätten wir zweimal die Niederung kreuzen müssen. Dieser Einschnitt wäre zu groß. Es wurde dann diese ortsnahe Trasse ermittelt, die eine vernünftige Anbindung bietet.

Zwischenrufe aus dem Publikum.

Der Vorsitzende weist darauf hin, bei weiteren Zwischenrufen den Bürger des Saales zu verweisen.

Zwischenrufe von Herrn Juricke.

Der Vorsitzende erteilt den ersten Ordnungsruf.

Herr Leisten:

Seit Jahren wurde sich damit beschäftigt. Es geht jetzt in die Offenlage und hier können alle nochmal ihre Meinung äußern. Wir hatten die Nordumfahrung in unserem Wahlprogramm 24. Ich möchte meine Wähler nicht enttäuschen. Ich bin definitiv dafür.

Herr Christ:

Ich frage Herrn Giesecke, ob er der Beschlussvorlage wirklich zustimmen will. Bei der Straßenführung kommt der Schwerlastverkehr aus Richtung Nunsdorf. Wir haben dann bei uns im Gemeindeteil einen erhöhten Schwerlastverkehr. Da kann ich als Ortsvorsteher nicht zustimmen.

Frau Şahin-Connolly:

Um untereinander zu diskutieren, sind die Ausschüsse da.

Herr Giesecke:

Ich werde der Vorlage zustimmen. Es ist immer so, dass durch Maßnahmen der eine entlastet und der andere belastet wird. Für den größten Teil der Bürger ist es ein enormer Vorteil. Ich denke, dass sich in dem Bereich nicht viel ändert.

Frau Heinrich:

Es ist ein umstrittenes Thema. Es gibt noch keine verbindlichen Zusagen für die

Ansiedlung von Gewerbe. Wir haben ein Gewerbegebiet in Dabendorf, das leer steht. Wir versenken hier Bäume für eine Sache, wo wir noch nicht wissen, wo der Zug hinfährt.

Herr Kommer:

Im Bestandsgewerbegebiet ist es eine andere Struktur. Das kann man mit Neubau von Gewerbeflächen nicht vergleichen. Die großen Unternehmen, die große Freiflächen suchen, das ist Goldstaub im Umland von Berlin. Die vorgegebenen Gebäude ist eine ganz andere Ansiedlungskategorie. Für dieses neue Gebiet gibt es viel Nachfrage.

Frau Heinrich:

Wenn es Anfragen/Vorverträge gibt, kann man im nichtöffentlichen Teil darüber informieren. In der MAZ steht, dass große Gewerbegebiete zurzeit nicht vermietbar sind.

Frau Şahin-Connolly:

Welcher MAZ-Artikel war das? Ich kenne den nicht. Die Verwaltung kann keinen Vorverkaufsvertrag machen ohne Beschluss der SVV.

GO-Antrag Herr Reimer:

Den öffentlichen Teil bis zum Ende durchführen.

Gegenrede Frau Schreiber:

Wir haben die Planungsvereinbarung B 96 drauf. Der Beschluss ist in den Ausschüssen noch nicht fertig beraten. Es gibt keinen Grund den öffentlichen Teil bis zum Ende durchzuführen.

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben einen Änderungsantrag zur B 96 und ich halte es für sehr wichtig heute darüber abzustimmen.

Der Vorsitzende lässt den GO-Antrag von Herrn Reimer abstimmen.

Abstimmung:

13 / 12 / 2

Der GO-Antrag ist angenommen.

Herr Reimer:

Zossen hat 3 Gewerbegebiete. Es waren sich alle einig, dass sich Zossen nur im Norden gewerbemäßig entwickeln kann. Wir können nur vernünftig überleben, wenn wir Gewerbe ansiedeln. Im Norden belasten wir die Anwohner am wenigsten. Stimmen Sie der Offenlage zu, wie wir sie bauen, werden wir dann im Verfahren abwägen. Alle Einwendungen werden dann berücksichtigt.

Herr Preuß:

Unsere Haushaltslage ist dramatisch. Wo setzt man Prioritäten? Aus meiner Sicht ist die nicht bei der Nordanbindung. Man muss die vorhandene Infrastruktur instand halten und in die Zukunft führen. Hier sollte das Geld investiert werden. Die Grenze des LSG wurde nicht dargestellt. Wir schneiden bei dem Projekt wieder mal 18 ha vom LSG ab. Wir nehmen immer mehr vom LSG weg. Wir müssen darauf achten, dass wir unsere gewachsene Kulturlandschaft nicht zerstören.

Frau Şahin-Connolly:

Wir müssen Geld in die Infrastruktur stecken. Deshalb ist es wichtig, dass wir Gelder

vom Land abrufen. Das Thema Nordanbindung und Sondervermögen sind Förderprogramme. Wenn wir dann aus dem gemeinsamen Finanzierungspool den Rest bezahlt bekommen, dann haben wir so gut wie keinen Eigenanteil aus unserem Haushalt. Für Sanierung und Instandhaltung gibt es aktuell keine Fördergelder. Das müssen wir aus dem Cashflow der Stadt Zossen realisieren.

Herr Haase:

In dem Plan ist die LSG-Grenze zu sehen. Wir befinden uns fast an auf der Grenze des LSGs.

Herr Wilke:

Die Trassenführung gefällt mir nicht. Damals war ein Gewerbegebiet geplant. Jetzt machen wir eine Offenlage für eine Straße. Ich kann nur zustimmen, wenn ich die Zusage bekomme, dass wir keine Stadtgrundstücke an Investoren verkaufen.

Frau Şahin-Connolly:

Sie gehen davon aus, dass wir ohne Nordanbindung die Gewerbeflächen, die im FNP sind, an Investoren verkaufen, die dann kein Gewerbe machen?

Herr Wilke:

Am besten wäre, wenn wir noch Flächen ankaufen, um selbst zu entscheiden, was wir mit den Flächen machen. Dafür fehlt das Geld. Die Flächen, die im Stadteigentum sind, sollen es auch bleiben.

Herr Kaehlert:

Stimmt es, dass der Flächentausch noch bei der Kommunalaufsicht geprüft wird? In dem Fall ist die Offenlage übereilt. Mir wurde nicht gesagt, wenn wir das Geld in die Hand nehmen, wer wie an welcher Stelle das Geld wieder in die Kassen spielt.

Frau Şahin-Connolly

Ich habe das im nichtöffentlichen Teil im FSB erörtert. Wir verfügen über sehr wertvolle Flächen. Die ILB sichert sich im Rahmen von Gesprächen und Auflagen ab. Das Land Brandenburg kann es sich nicht leisten, Gelder auszugeben, wo keine Aussicht auf Erfolg und Refinanzierung besteht.

Herr Haase:

Der Flächentausch ist relativ kurzfristig zustande gekommen und es gibt eine rechtssichere Vorlage, die in den B-Plan übernommen wurde.

Herr Kaehlert:

Liegt der Flächentausch zur Prüfung bei der Kommunalaufsicht?

Frau Şahin-Connolly:

Er liegt zur Prüfung bei der Kommunalaufsicht und ist in den letzten Zügen.

Herr Hille:

Wo liegen die 45 ha, die entwickelt werden sollen?

Herr Haase beantwortet anhand der Zeichnung die Frage.

Frau Reglin:

Wer siedelt sich dort an? Wie setzt sich das Eigenkapital zusammen? Wer ist in den Pool involviert? Ich hätte zu diesen Themen gerne eine Erklärung im FSB.

Frau Şahin-Connolly:

Die Offenlage hat damit nichts zu tun. Ich kann mich in meiner Antwort nur wiederholen.

Frau Krebs:

Wir haben uns im Ortsbeirat mit 4 anwesenden Mitgliedern einstimmig dafür entschieden.

Abstimmung:

15 / 12 / 1

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

den Entwurf bestehend aus Planzeichnung, Begründung sowie Anlagen in vorliegender Form

und

die Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) mit der Auslage im Rathaus und der Veröffentlichung im Internet. Die Bekanntmachung erfolgt ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Zossen. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB

sowie

die zukünftige Bezeichnung des Bebauungsplanes in (Straßen-) Bebauungsplan „Gewerbegebiet Zossen Nord -Verkehrsfläche-“.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	x		
Broschell, Stefan	x		
Christ, Stefan		x	
Czech, Beata		x	
Czesky, Thomas	x		
Giesecke, Peer	x		
Heinrich, Eleonore		x	
Hille, Fritz		x	
Juricke, Matthias		x	
Just, René	x		
Kaehlert, Jens		x	
Kerbs, Marco	x		
Kniesigk, Torsten	x		
Krebs, Ronja	x		
Lorenz-Kricke, Stefan		x	
Leisten, Edgar	x		
Leisten, Martina	x		
Meske, Jens Werner		x	
Njammasch, Marko	x		
Preuß, Carsten		x	
Reglin, Ute		X	
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	x		
Schreiber, Michaela		x	

Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	x		
Voltz, Uwe			x
Wilke, Matthias		x	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	12	1

Der Beschluss wurde angenommen.

-
- 10.5 Befreiung von den Festsetzungen des Baukörpers sowie der Stellung der Parkplatzanlage und der GRZ der 1. einfachen Änderung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 004 Wohnsiedlung „Töpchiner Weg“ der Stadt Zossen für das Flurstück 456, Flur 5 in der Gemarkung Zossen. 052/26/01**

Die Beschlussvorlage wurde durch die Verwaltung von der Tagesordnung genommen.

-
- 10.6 Zustimmung zum Zuteilungsentwurf im Bodenordnungsverfahren für das Gebiet "Christinendorf, Verf. Nr. 300212" 012/26**

Frau Schreiber:

Der Bürgermeister von Trebbin hat im Hauptausschuss gesagt, dass Trebbin dieses Bodenordnungsverfahren nicht braucht. Warum stimmt ausgerechnet Zossen der Bodenordnung neu zu und gibt damit eine Fläche der Gemarkung Zossen an die Stadt Trebbin? Die Flächen für Windkraftanlagen rücken damit deutlich näher an Nunsdorf heran. Die geplanten Windkraftanlagen sind 348 m hoch.

Frau Şahin-Connolly:

Es ist eine Erleichterung hinsichtlich der Gemarkung bezüglich der landwirtschaftlichen Flächen und der Zuordnung. Das Gebiet ist von der regionalen Planungsgemeinschaft fest definiert. An dem Gebiet, wo Windkraftanlagen gebaut werden können, ändert sich nichts. Wir kommen bei der Höhe auf 250 m.

Herr Juricke erhält vom Vorsitzenden den zweiten Ordnungsruf.

Abstimmung:

12 / 15 / 0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vom Umlegungsausschuss aufgestellten Zuteilungsentwurf für das Bodenordnungsverfahren „Christinendorf, Verf. Nr. 300212“ gemäß § 66 Baugesetzbuch (BauGB) zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Verfahrensschritte gemäß den gesetzlichen Vorgaben durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias		x	
Broschell, Stefan		x	

Christ, Stefan		x	
Czech, Beata		x	
Czesky, Thomas	x		
Giesecke, Peer	x		
Heinrich, Eleonore		x	
Hille, Fritz		x	
Juricke, Matthias		x	
Just, René	x		
Kaehlert, Jens		x	
Kerbs, Marco	x		
Kniesigk, Torsten	x		
Krebs, Ronja	x		
Lorenz-Kricke, Stefan		x	
Leisten, Martina		x	
Meske, Jens Werner		x	
Njammasch, Marko	x		
Preuß, Carsten		x	
Reglin, Ute		X	
Reimer, Sven	x		
Sahin-Connolly, Wiebke	x		
Schreiber, Michaela		x	
Schulz, Reinhard	x		
Tobianke, Toni	x		
Voltz, Uwe	x		
Wilke, Matthias		x	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	15	0

Der Beschluss wurde abgelehnt.

10.7 **Abschluss einer Planungsvereinbarung über den Ausbau der B96** 054/26

Frau Krebs stellt den Änderungsantrag der Fraktion SPD-Linke-Grüne/B90 vor.

Dieser liegt als Tischvorlage vor.

Herr Reimer:

Der Ortsbeirat hat das besprochen. Die Geh-/Radwege bis zum Kaufland sind nicht begehbar bzw. befahrbar. Die Einwohner bemängeln das in der Einwohnerfragestunde des Ortsvorstehers seit Jahren. Meine Fraktion und der Ortsbeirat stimmen unter dem Änderungsantrag zu.

Frau Schreiber:

Ist Ihnen aufgefallen, dass Ihr Änderungsantrag kein Arbeitsauftrag für Verhandlungen mit dem LS ist, sondern dass unter Punkt 1 die HVB immer noch ermächtigt wird, die vorliegende Planungsvereinbarung zu unterzeichnen? Weiterhin wird damit beschlossen, dass der Kostenanteil von der Stadt Zossen getragen wird. Die Versammlung mit dem LS hat nicht stattgefunden. Sie hätten Ihren Änderungsantrag als eigenständigen Antrag stellen sollen und nicht als Ergänzungsantrag.

Frau Şahin-Connolly möchte, dass Frau Schreiber gerügt wird, aufgrund dessen wie sie von der Bürgermeisterin in der dritten Person spricht.

Zwischenrufe von Frau Schreiber.

Der Vorsitzende bittet um Ruhe und darum, Zwischenrufe zu unterlassen.

Herr Preuß:

Den Punkten 1 und 2 der Beschlussvorlage kann ich nicht zustimmen. Wir können nicht jetzt zustimmen und erst im September mit dem LS verhandeln. Die Beschlussfassung kann erst danach stattfinden.

Herr Haase:

Auch zu der Amtszeit von Frau Schreiber war dies schon Thema und die Planung war fertig. Genauso wie sie heute im Umlauf ist. Es werden Dinge gesagt, die nicht stimmen. Auch das Kita Weg Thema war eine Forderung Ihrerseits. Damals war schon klar, dass das Thema mit den Bäumen schwierig wird.

Zwischenrufe von Frau Schreiber.

Frau Schreiber wird vom Vorsitzenden ermahnt.

GO-Antrag Herr Reimer:

Ende der Debatte, Bitte um Abstimmung

Gegenrede GO-Antrag Frau Schreiber:

Wenn Ende der Debatte ist, dann ist die Rednerliste beendet und es kommt niemand mehr dran.

Der Vorsitzende lässt den GO-Antrag Ende der Debatte abstimmen.

11 / 13 / 2

Der GO-Antrag wurde abgelehnt.

Frau Schreiber:

Diese konkrete Planung lag zu meiner Zeit nicht vor. Die HVB hat die Planung seit vielen Monaten vorliegen und uns nicht informiert. Ich würde gerne wissen, in welcher Funktion Herr Haase im Podium sitzt? Sitzen Sie hier als Planer oder sind Sie inzwischen Mitarbeiter der Verwaltung? Zu dieser Planung hatten Sie keinen Planer-Auftrag.

Frau Şahin-Connolly:

Man braucht Menschen, Mitarbeiter und Berater, die mit Ihnen auch zusammengearbeitet haben, um manche Entscheidungen nachvollziehen zu können. Und ja diese Planung war Ihnen Frau Schreiber bereits bekannt und sie haben dieser Planung zugestimmt

Zwischenrufe von Frau Schreiber

Der Vorsitzende bittet um Ruhe und beendet die Diskussion.

Herr Leisten:

Sind wir dringend gebunden, dass heute Abend zu entscheiden? Wie eng ist das Zeitfenster? Es wäre für uns wichtig zu wissen, zu welchem Kompromiss das LS bereit ist.

Frau Şahin-Connolly:

Das Zeitfenster ist eng. Wir sind gerade in der Terminabstimmung. Es wurde zugesichert, dass der LS an einen der Bauausschüsse teilnimmt. Ich bin bereit den Punkt 3 in die Beschlussvorlage aufzunehmen und den Punkt 1 zu streichen. Über die Kosten sollten wir uns anteilig Gedanken machen. Die hätte ich gern drin. Es wird

nicht günstiger. Punkt 3 aus dem Änderungsantrag könnte Punkt 1 werden. Die Anlage so wie sie jetzt ist, würde dann nicht Gegenstand der Beschlussvorlage sein.

GO-Antrag Herr Czesky:

Ich beantrage aufgrund der vielen Änderungen die Vertagung

Herr Belger:

Als einreichende Fraktion brauchen Sie das nicht beantragen, sondern nur bestimmen.

GO-Antrag Frau Schreiber:

Vertagung des Änderungsantrages und der Beschlussvorlage

Herr Just:

Es sollte noch ein Punkt ergänzt werden. Die Verwaltung soll im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für diese Planung eine negative Stellungnahme abgeben. Das wäre der 3. Punkt.

Frau Şahin-Connolly:

Dem 3. Punkt kann ich nicht zustimmen. Wenn ich hier einen Bindungsbeschluss annehme, mache ich alle Tore zu.

Herr Belger:

Würde die Verwaltung Ihre Beschlussvorlage ebenfalls auf die nächste Sitzung vertagen oder besteht sie auf Abstimmung in der Sache?

Frau Şahin-Connolly:

Ich bestehe nicht auf Abstimmung in der Sache. Ich ziehe den Antrag zurück.

Ich denke allerdings, dass wir heute den Änderungsantrag der Fraktion zusammen mit meinen Änderungen abstimmen sollten.

Punkt 3 machen wir zu Punkt 1 und die Anlage entfernen wir. Bis zur Entscheidung und dem Gespräch mit dem LS wird die Verwaltung keine Stellungnahme abgegeben.

Herr Giesecke:

Als Einreicher des Änderungsantrages würden wir mit dem Vorschlag der Bürgermeisterin mitgehen.

Frau Şahin-Connolly:

Vom Änderungsantrag wird die Nr. 3 zur Nr. 1. Die Nr. 1 der Beschlussvorlage wird komplett gestrichen. Die Kosten bleiben darin bestehen und die Anlage ist nicht Bestandteil des Beschlusses. Ergänzend nehmen wir als Punkt 3 auf: Bis zur Klärung und dem stattgefundenen Termin mit dem LS und der endgültigen Beschlussfassung zur Planungsvereinbarung durch die SVV gibt die HVB keine Stellungnahme gegenüber dem LS ab.

Frau Schreiber:

Die HVB hat gesagt, dass sie die Beschlussvorlage zurückzieht. Es gibt aber noch einen Änderungsantrag. Der wurde vom Einreicher noch nicht zurückgezogen.

Frau Şahin-Connolly:

Punkt 3 des Änderungsantrages ist Punkt 1.

- Der 1. Punkt aus 054/26 wird gestrichen.
- Punkt 2 bleibt bestehen.
- Punkt 3 ist: Die HVB gibt keine Erklärung gegenüber dem LS ab, bis die Planungsvereinbarung durch die SVV bestätigt wurde.

- Die Anlage wird entfernt.

Nach ausführlicher Beratung wurde folgendes Ergebnis zu Protokoll gegeben:

Die Verwaltung hat die Beschlussvorlage 054/26 zurückgezogen.

Der Änderungsantrag der Fraktion SPD-Linke-Grüne/B90 wird wie folgt abgeändert:

Änderungsantrag zu: BV-Nr. 054/26 -Abschluss einer Planungsvereinbarung über den Ausbau der B96

Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen am 02.07.2026

Erhalt von möglichst viele Bäumen beim Ausbau der B 96 in Zossen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. *Die Hauptverwaltungsbeamtin wird gebeten, sich im weiteren Planungsverlauf gegenüber dem Landesbetrieb Straßenwesen dafür einzusetzen Planungsänderungen anzustoßen, deren Ziel der Erhalt eines möglichst großen Baumbestandes im Baubereich ist.*

Dafür sollen insbesondere folgende Punkte geprüft und ggfs. umgesetzt werden:

- *Verschiebung der geplanten Mittelinsel auf den Bereich vor dem städtischen Grundstück (ehemaliger Bahnübergang)*
- *Verzicht auf die vorgesehene Linksabbiegerspur zum Einkaufszentrum*
- *Verlegung der geplanten Filteranlage weiter nach vorne im Kietzer Weg, unter die bestehende Straße*

2. *Der Kostentragung für die Planungskostenpauschale durch die Stadt Zossen wird zugestimmt. Die Hauptverwaltungsbeamtin wird aufgefordert diese Kosten i. H. v. anteilig 81.077,50 EUR bei der Haushaltsplanung 2026 zu berücksichtigen. Der übrige Kostenanteil i. H. v. 37.572,50 EUR ist bei der Haushaltsplanung 2028 zu berücksichtigen.*

Der auf die Stadt Zossen entfallende Anteil der Baukosten i. H. v. 791.000 EUR ist in der Haushaltsplanung des Jahres 2028 zu berücksichtigen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist über Änderungen der prognostizierten Baukosten, die der Landesbetrieb Straßenwesen der Stadt Zossen mitteilt, unverzüglich zu informieren.

3. *Die Hauptverwaltungsbeamtin gibt keine Erklärung gegenüber dem Landesbetrieb Straßenwesen ab, bis die Planungsvereinbarung durch die SVV bestätigt wurde.*
4. *Die Anlage des Beschlusses 054/26 ist nicht Bestandteil dieses Beschlusses.*

Der Vorsitzende lässt dies so abstimmen.

Herr Broschell verlässt die Sitzung um 22:54 Uhr

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	x		
Christ, Stefan		x	
Czech, Beata	x		
Czesky, Thomas	x		
Giesecke, Peer	x		
Heinrich, Eleonore	x		
Hille, Fritz	x		
Juricke, Matthias		x	
Just, René	x		
Kaehlert, Jens	x		
Kerbs, Marco	x		
Kniesigk, Torsten	x		
Krebs, Ronja	x		
Lorenz-Kricke, Stefan		x	
Leisten, Edgar	x		
Leisten, Martina	x		
Meske, Jens Werner	x		
Njammasch, Marko	x		
Preuß, Carsten			x
Reglin, Ute			x
Reimer, Sven	x		
Sahin-Connolly, Wiebke	x		
Schreiber, Michaela		x	
Schulz, Reinhard	x		
Tobianke, Toni	x		
Voltz, Uwe	x		
Wilke, Matthias		x	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
20	5	2

Die Änderungen wurden angenommen.

11 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Belger schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:56 Uhr.

Tobias Belger

Vorsitz

Eva Briesenick
Juliane Sasse
Protokoll